ANKOMMEN UND DABLEIBEN: SOLIDARISCHE STADT UND NEUE NACHBARSCHAFT

INPUTS UND DISKUSSIONEN

PRAXISSEMINAR: SOLIDARISCHE STADT UND NEUE NACHBARSCHAFT / BOCHUM / APRIL 2016

Zwei Tage lang diskutierten wir im April im Bochumer Bahnhof Langendreer unter dem Titel »Ankommen und Dableiben« über die Utopie einer solidarischen Stadt und welche positiven sozialen Prozesse aktuell in den lokalen Netzwerken der Flüchtlingshilfe sichtbar werden.

Im Vortrag von Marina Napruschkina von der »Neue Nachbarschaft Moabit« und dem Bericht des Bochumer Netzwerks Wohlfahrtstraße wurde deutlich, dass die Organisation ganz handgreiflicher Unterstützung von Geflüchteten, Begegnungs- und Kommunikationsräume öffnet, in denen ein sozialer Überschuss entsteht, der nicht nur den Geflüchteten hilft sondern positiv in den gesamten Stadtteil zurück wirkt. Alte und neue Nachbarn lernen sich kennen und beginnen mit einer Produktion des Gemeinsamen. So könnte solidarische Stadt funktionieren!

Schwer fällt es den solidarischen Netzwerken jedoch, sich zugleich auch politisch im Konfliktfeld Flucht zu positionieren und sich einzumischen. Der Unterstützungsalltag ist Handarbeit und immer drohen die Akteure von der Falle der Sozialarbeit gefangen genommen zu werden. Das es trotzdem möglich ist mit Gemeinwesenarbeit in einen politischen Konflikt zu intervenieren, zeigt die »Neue Nachbarschaft Moabit«. Ihre Recherchen, Skandalisierungen und Mobilisierungen haben die Berliner Flüchtlingsbürokratie unter Handlungsdruck gesetzt.

Sehr kontrovers diskutierten wir darüber wie die Ansätze solidarischer Ökonomie, auch über den Kontext der direkten Flüchtlingsunterstützung hinausgehend, zu bewerten sind. Unbestritten entsteht auch hier in den konkreten Praktiken des Teilens ein sozialer Überschuss. Wir waren uns einig das dieser wichtiger ist als ein messbarer materieller Output. Dennoch bleibt unklar was die Tafel der Diakonie von der Foodsharing-Initiative unterscheidet. Und ist die neue Kultur des Teilens tatsächlich eine andere „Produktionsweise“ oder nur ein anderes, nachhaltigeres Konsummodell? Wann wird die solidarische Ökonomie ökonomisch und was verstehen wir darunter? Hier blieben einige Fragen offen die wir weiter bearbeiten wollen.

Wenn Geflüchtete ankommen und dableiben brauen sie Wohnungen, keine Lager! Der Architekt Peter Haslinger stellte ein Studienprojekt der Uni Hannover vor, das sich auf die Suche nach Konzepten für eine menschenwürdige und nachhaltige Architektur begab. Die originellen und unkonventionellen Lösungen reichten von Wohnkuben auf Parkhäusern bis zu Wohnmodulen in Schrebergärten. Aber auch Fragen nach sozialer Zusammensetzung, partizipativen Wohnen und Finanzierungsmodelle spielten eine Rolle.

Nicht nur für Geflüchtete wird bezahlbarer Wohnraum benötigt. Das alte Modell des sozialen Wohnungsbaus ist bedeutungslos geworden und der Wohnungsmarkt versagt. Den innovativen und kostengünstigen architektonischen Ideen von Peter Haslinger und seinem Team steht die politische Klasse als einfallslose unternehmerische Stadt gegenüber. In der Diskussion wurde deutlich das Finanzierung und Trägerschaft sozialgebundenen Wohnraums öffentlich und demokratisch verfasst sein müssen aber zugleich der staatlichen oder kommunalen Kontrolle entzogen.

Zu Beginn führte uns Niels Boeing durch die weltweiten Recht auf Stadt Kämpfe und ihre theoretischen Bezugspunkte bei Henri Lefebvre. Die Revolution der Städte findet statt. Von oben! Dennoch gelingt es dem Hamburger Netzwerk Recht auf Stadt mit Kampagnen und Aktionen der Stadt Spielräume und Mitbestimmung abzutrotzen. Das Gängeviertel und die Auseinandersetzung um die Esso Häuser sind Beispiele dafür. Das besonders die Hamburger Recht auf Stadt Bewegung so innovativ ist und auch uns hier im Ruhrgebiet inspiriert hat, liegt sicher auch an Menschen wie Niels Boeing. Wie auch immer – die Situation im Ruhrgebiet bleibt eine andere.

An beiden Seminartagen begleitete uns ein Planspiel in dem wir versuchten ein reales leerstehendes Gebäude im Ruhrgebiet in ein Projekt für gemeinschaftliches Wohnen, Arbeiten und Begegnen zu verwandeln. Hier wurde deutlich: Das kann ein lohnenswerter aber auch sehr anstrengender Prozess werden.

Wir werden neue und alte Fragen weiter diskutieren und planen in der zweiten Jahreshälfte eine Reihe von Veranstaltungen mit Gästen die uns dabei helfen können.

Das Seminar wurde veranstaltet vom Bahnhof Langendreer, Recht auf Stadt Ruhr und Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW.

BAHNHOF LANGENDREER

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG NORDRHEIN-WESTFALEN

EINSTIEG: **Solidarische Stadt – Stadt des Ankommens, menschenwüriges Wohnen für Geflüchtete und Nicht-Geflüchtete und Neue Nachbarschaft, Ökonomie des Teilens.** Niels Boeing („Von wegen – Überlegungen zur freien Stadt der Zukunft“, Hamburg)

B. leitet den Vortrag damit ein, dass er 2009 als den Startzeitpunkt der Recht auf Stadt Bewegung benennt. Als Anlass nennt er zum einen die massive Gentrifizierung, zum anderen den Wunsch, für mehr als nur dagegen zu sein, als Bewegung also auch positiv-Forderungen zu stellen und eine Entwicklung nicht nur zu verhindern, sondern auch alternative Entwicklungen aufzuzeigen und mitzugestalten.

Laut B. sind die Aktionsformen der Bewegung vielfältiger geworden, das heißt, sie beschränken sich nicht mehr nur auf Demos, sondern schließen auch ungewöhnliche Aktionen ein, die denen der Situationistischen Internationale ähneln. Beispiele sind eine Walzerparade, eine Hausbeschwörungen und Ähnliches. Die Bewegung verfolgt damit das Ziel der Verräumlichung abstrakter Konflikte wie dem Kampf gegen den Kapitalismus. Durch lokale Anlässe sollen direkte Erfolge erzielt werden.

B. ordnet die Bewegung in die historische Entwicklung der Stadt als politisches Gebilde ein. Die Stadt der Antike war ein politisches Machtzentrum. Auch im Mittelalter war der Begriff der Stadt vor allem ein politischer. Erst im 19. Jahrhundert wandelte sich das Konzept der Stadt von einem politischen Zentrum zu einem Ort der industriellen Produktion. Seitdem prägt die kapitalistische Optimierung das Konzept Stadt. Gleichzeitig schwindet der Gegensatz von Land und Stadt. B. spricht hier von einer Kolonisierung des ländlichen Raums durch die Stadt.

Schon in den 1960ern hat Henri Lefebvre diese Entwicklungen vorausgesehen. Diese Entwicklung der Stadt werde in eine „kritische Zone der Verstädterung“ münden, einen Zustand, der die Städte des 21. Jahrhunderts in erschreckender Weise prägt. Die Funktion von Städten hat sich von der Produktion zur Dienstleistung verschoben. Städte sind Orte des Konsums, aber auch konsumierbare Orte. Dieser Konsumfokus wird von den Städten forciert, die sich zunehmend als Unternehmen oder unternehmerische Stadt verhalten. Mit Marketing wird versucht, die Stadt zielgruppengerecht aufzubereiten und gewinnmaximierend zu verwerten. Diese Aufgabe wird auch an private Unternehmen übertragen, die in Business Improvement Districts weitestgehend freie Hand haben. Die Stadt verliert ihre Rolle als Wohlfahrtsort. In dem Prozess gingen in Deutschland über eine Millionen Sozialwohnungen verloren. Die Planung konzentriert sich auf Kontrolle, teilweise wird die Polizei direkt an Planungen beteiligt. Das führt zu einer Übernahme polizeilicher Feindbilder, was sich zum Beispiel in Racial Profiling und einer Architektur und Praxis, die auf Ausgrenzung bestimmter sozialer und ethnischer Gruppen zielt, ausdrückt. Auch Konzerne beteiligen sich an dem Prozess. IT-Unternehmen versprechen Kontrolle durch Technik und versuchen so, Städten das Konzept der Smart City zu verkaufen.

All diese Entwicklungen machen eine Bewegung erforderlich, die für ein Recht auf Stadt, wie es Lefebvre formuliert hat, kämpft. Das Recht auf Stadt dient als Sammelbegriff für das Recht auf Freiheit, Wohnen, Teilhabe, Zentralität und Aneignung. Es ist laut B. ein Konzept für einen urbanen libertären Kommunismus.

Was ist also zu tun? Die Erinnerung an den Realsozialismus blockiert jeden Alternativentwurf und lässt die Neoliberale Marktwirtschaft alternativlos erscheinen. Das herrschende Paradigma eröffnet jedoch Perspektiven. B. führt hier als Beispiel das Gefahrengebiet in Hamburg an, das 2014 als polizeiliche Befriedungsmaßnahme ausgerufen wurde. Die Maßnahme griff massiv in die Freiheitsrechte der Bewohner*innen der betroffenen Gebiete ein und politisierte so einen großen Teil von ihnen kurzzeitig, was sich in einer starken Beteiligung an Stadtteilversammlungen äußerte. Hamburg ist damit Teil einer weltweiten Bewegung von Lateinamerika bis Paris, die Menschen vereint, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen und beginnen, das gegenwärtige politische System abzulehnen.

Die mangelhafte Repräsentation äußert sich unter anderem auch in Partizipationsprozessen der Stadtplanung. Die vorgesehenen Beteiligungsverfahren stellen keine echte Beteiligung dar. Die Bewegung hat in Hamburg nach dem Abriss der Esso-Hochhäuser eine erweiterte Beteiligung erkämpft. In einem Planbude genannten Container werden von Anwohner*inne, gemeinsam mit Expert*innen und ausgestattet mit einer öffentlichen Förderung in Höhe von 200.000 Euro, Konzepte und Ideen zur Nachnutzung der Fläche entwickelt. Durch den konstanten Druck aus der Bewegung führt zu einer starken Berücksichtigung der Ergebnisse dieser Beteiligung in der Planung. Die Stadt bezeichnet diese Art von Beteiligung als Ausnahme. Für B. leitet sich daraus die Aufgabe ab, zukünftig bei allen Großprojekten eine ähnliche Beteiligung zu erreichen.

Anschließend stellt er einige Ansätze vor, wie die Bewegung in Hamburg mit Geflüchteten gemeinsam für ein Recht auf Stadt für alle kämpft und die sie dabei integriert und unterstützt. Bei Versammlungen werden Geflüchtete ermutigt, eigene Strukturen aufzubauen und sich in bestehende Strukturen einzubringen. Die Stadt versucht, diese Art von Empowerment zu unterbinden, zum Beispiel, indem sie die Geflüchteten unter Vorwänden nach großen Versammlungen in die Peripherie verlegt, wo sich Rechte in einer „Initiative für Integration“ organisiert haben und gegen eine Unterbringung von Geflüchteten hetzen. Die ehrenamtlichen Helfenden bekommen von der Stadt ein Schulterklopfen, werden aber ansonsten gegängelt. Um einen Ort für Organisation zu haben, muss man also von der Stadt unabhängig werden. B. benennt als nächsten Schritt die Schaffung eines Refugees Welcome Center als ein SZ anderen Zuschnitts. Dabei ist es wichtig, Geflüchtete als Subjekte anzuerkennen.

Abschließend stellt B. einige andere Projekte der Bewegung in Hamburg vor. Dazu gehört „Straßen von St. Pauli“, ein Projekt, bei dem die Eigentumsverhältnisse von Häusern von den Bewohnern in eine Karte eingetragen werden. Ein weiteres Projekt stellt das Gängeviertel dar, dass unter der Schirmherrschaft von Daniel Richter besetzt und so vor dem Abriss gerettet wurde. Als letztes Projekt stellt B. Fabrica, eine temporäre Stadtteilwerkstatt, in der in Workshops Handys produziert werden können, vor. Bei diesem Projekt steht nicht die nachhaltige Produktion, sondern die Erfahrung im Mittelpunkt.

Die Arbeit und Kämpfe, die Aktive leisten und führen, muss laut B. langfristig betrachtet werden. Ergebnisse könne man erst in zehn bis zwanzig Jahren erkennen. Bis dahin muss man mit Nachbar*innen ins Gespräch kommen – und weitermachen.

Diskussion
F: Ist die Größe einer Stadt Voraussetzung für eine Recht auf Stadt Bewegung? A: Nein. Nicht die Größe, sondern die Art des Zusammenlebens, insbesondere Dichte und Heterogenität sind entscheidende Voraussetzungen.

Stichpunkte:
- Hamburg als Magnet für Aktive ist ein optimales Umfeld für Recht auf Stadt
- Betroffenheit macht Aktive, ein Abwehrkampf ist für Mobi immer besser als eigene Impulse
- Man muss mit Sprache die Hemmschwelle zur Mitarbeit und Fatalismus überwinden
- Konsumverhalten kann ein Hebel sein, aber Wohnen ist kein Konsum
- Kritik: Selber machen und Fahrradwerkstatt als „lokaler Primitivismus“? („akzelerationistisches Manifest“ Nick Srnicek & Alex Williams)
- Arbeitsteilung ist unvermeidlich, Organisation muss sich ändern
- Das Hauptproblem sind fehlende Orte: Besetzen, besetzen, besetzen! Bis man bleibt.
- Vernetzung zur Politisierung und gemeinsamer Repräsentation – gemeinsam stärker als alleine

WOHNEN: Modelle für ein menschenwürdiges, gemeinwesenorieniertes Wohnen

Peter Haslinger (Architekt, Uni Hannover, Hrsg. „Refugees Welcome – Konzepte für eine menschenwürdige Architektur“)

Vorstellung Projekt (mit Studierenden) „Refugees Welcome – Konzepte für eine menschenwürdige Architektur“:
Entstehung im Rahmen der Griechenlandkrise (Flüchtlinge sind im Aufmerksamkeitsranking auf Platz 9 / 60. Mio. Menschen sind weltweit auf der Flucht, meist Binnen-, 50% Kinder)

Ausgangspunkt: Potentiale für architektonische Lösungen/ Konzepte ermitteln sowie Prototypen entwickeln (stadtnah, innovativ, mittel- und langfristig)

Keine Hochschule hatte sich bisher mit dem Thema beschäftigt (nur Shelter und Notunterkünfte als Thema)

dabei Bedenken:
- Tendenz zur Verfestigung von temporären/provisorischen Lösungen zu langfristigen Strukturen
- Abgrenzung von unzumutbaren provisorischen Lösungen wie z.B. Containerlagern (technischer Vorteil: schnell aufzubauen, demontierbar/politischer Vorteil: sichtbar temporär/ Probleme: Akustik, Klima, Preis)

Konkrete Konzepte/Ideen und erste Entwürfe
- **Aufstockung** bestenender Gebäude (Uni-Gebäude: Wohn- und Gemeinschaftsräume für Studierende und Flüchtlinge)
- **Umnutzung:** Wohnboxen auf Parkhäusern, in leerstehenden Hallen oder auf Binnenschiffen aufstellen
- **Nachnutzung/Nachverdichtung:** Bebauung von schmalen Baulücken
- **klassischer Neubau** (Crossover-Finanzierungsmodell für gemischtes Wohnen/„Reiche bezahlen für Arme“)
- **Schrebergärten/Laubenkollonien** zum Wohnen freigeben und ausbauen (z.B. Häuser in Holzrahmenbauweise)
- **Entwicklung von variablen und modularen Reihenhäusern** die evolutionär zu Siedlungen wachsen können (klein, kostengünstig und effektiv)

Abfolge der Unterbringung von Geflüchteten: > Notunterkünfte > Erstaufnahmeeinrichtung > Folgeeinrichtung > Privatrechtliche Vermietung
Aufteilung auf Bundesländer nach Königsteiner Schlüssel – aber informelle Verteilung, großer Graubereich von Flüchtlingen, die selbstständig für Unterkunft sorgen

Kosten der Unterbringung pro Person pro Jahr
Büro/Kaserne: 500 – 2.700 €
Mietwohnung: 3.500 €
Container: 3.000 – 6.000 €
Hotel: 3.500 – 11.000 €

Studie zur Unterbringung (Ernst & Young /Nov. 2015)
Wohngebäude: 73
Leerstand: 29
Schulen etc.: 28
privater Wohnraum: 14
Container: 13
Gewerbe: 10
Hotels: 8
Zelte: 2
sonstige: 6

Ist der Zuzug von Geflüchteten eine Chance für schrumpfende Regionen/Städte?
Flüchtlinge gehen in die Ballungsräume, zu ihren Communities, aber Residenzpflicht blockiert sie/soll steuern
Alternative: „Anreize“ schaffen

Positive Erfahrungen/Beispiele
Leipzig: Spanische ZuwanderInnen renovieren ihre Häuser und erhalten Wohnrecht für 10 Jahre
USA: ökonomischer Aufschwung in Regionen mit starker lateinamerikanischer Zuwanderung

Spielen **wohnkulturelle Hintergründe** (z.B. bei Grundrissen./ Trennung öffentlicher u. privater Bereich etc.) eine Rolle?
Nur wenige Untersuchungen vorhanden, Grundrisstypologien aus den Herkunftsländern angeschaut > nur marginale Unterschiede

Ausblick und zukünftige Fragen
Mit der Flüchtlingsfrage die Chance zu diskutieren, was Wohnen in Zukunft sein soll
- **Integration:** Beispiel Projekt in Wien: Studierende und Obdachlose gemeinsam: http://www.sueddeutsche.de/leben/wohnprojekt-in-wien-ein-heim-fuer-obdachlose-und-studenten-1.2108645
- **Flexibilität** (Nutzungsform nicht architektonisch entgültig festlegen sondern gestaltbar halten)
- **hybrides Wohnen** (Nutzungsformen zusammenbringen)
- **Nachverdichtung**
- **heterogenes Wohnen**
- **Finanzierung neu denken:** Krise des sozialen Wohnungsbaus / Finanzierung öffentlich aber nicht-staatlich? (der politischen Klasse entzogen) / neue Wohnungsgemeinnützigkeit? / Wiener Gemeindebau?
- **einfaches Bauen/anderes Bauen und Partizipation (selbst weiterbauen)**: 60 Prozent der Baukosten sind Innenausbau, stattdessen Hüllen bauen, sukzessiven Eigenausbau
- **Umnutzungen:** z.B. Büroflächen zu Wohnungen (eventuell Probleme bei Belichtung durch große Raumtiefen)

NEUE NACHBARSCHAFT: Ankommen und bleiben – Erfahrungen und Ideen zum aktiven gemeinschaftlichen Zusammenleben von Neu Ankommenden und „Alten“ Nachbarn

Marina Napruschkina (Neue Nachbarschaft Moabit, Berlin) und Bernd Vössing (Netzwerk Wohlfahrtstraße, Bochum)

Netzwerk Wohlfahrtstraße (Bernd Vössing: Sozialpädagoge bei der Stadt, Kinder- und Jugendhilfe, gut vernetzt)
Aktivitäten und Intentionen
- Solidarität in der Nachbarschaft neu entdecken
- Sozialraumkonferenzen (JA, Kitas, Schulen, Kirchen, Vereine)
- Bedarfe eruieren, Gemeinschaftsprojekte
- Willkommensfest vor drei Jahren
- kleinschrittige Entwicklung von Strukturen
- Einzelpersonen, Konto bei den Kirchen, kein Verein, (wir wollen Zeitspenden)
- Pioniere in BO, inzwischen stabiles Netzwerk
- unentgeltliche Sprachkurse, Sport, etc.
- alle Angebote für alle Nachbarn, nicht nur für Geflüchtete
- vorher menschenunwürdige Zustände, Menschen hausten, zum Nichtstun verdammt
- neue Standards: Begegnungsräume wird es geben
- Bernd inzwischen nicht mehr Wohlfahrtstraße sondern bochumweit, Vernetzung

Neue Nachbarschaft Moabit (Marina Naprushkina)
- Sommer 2013 „Entdeckung“ eine der ersten Notunterkünfte in Berlin, ehemalige Schule, fast 300 Leute, über 100 Kinder, überfüllt, mehrere Familien in einem Klassenraum
- wurde geheim gehalten, Unterbringung sehr schlecht
- Betreiber nicht interessiert am Kontakt mit den Nachbarn
- bis dahin gleichmäßige Aufteilung in Berlin, inzwischen Verschiebung, große Notunterkünfte auf der grünen Wiese
- den Leute nachgegangen, in Kontakt gekommen, Besuche
- **Widersprüche:** angeblich Kindergarten, Sprachkurse – in Wirklichkeit: keine Angebote, keine Kinderbetreuung, keine Kurse, keine Schulpätze, Kinder durften draußen nicht spielen (Lärm)
- **erste Aktivitäten:** erst alleine, dann mit Bekannten künstlerische Angebote für Kinder
- **Konflikte mit dem Betreiber:** BewohnerInnen beschweren sich: kaltes Wasser, 4 Waschmaschinen für 300 Leute
- Ministerium ignoriert Initiative > Demo, Medienberichte
- Ministerium prüft > Kinderbetreuung, Verbesserungen, aber Hausverbot
- **Kooperation mit Café** in der Nähe, Nutzung tagsüber > Sichtbarkeit
- Integrationsküche, „Deutschstammtisch“
- erst Berührungsängste, durch gemeinsames Essen mehr Nachbarn
- fast ohne Geld, „anarchisch“ organisiert
- nach 1,5 Jahren Anmietung von Räumen nötig
- 400 qm 10 Jahre leer, gemeinsame Renovierung
- **was uns unterscheidet:** Wir leisten keine Hilfe. Voneinander lernen, auf Augenhöhe begegnen, sich unterstützen
- Hilfe erfordert Dankbarkeit > Enttäuschungen auf beiden Seiten (inzwischen ist nicht klar, welche Seite mehr profitiert)
- es geht um soziale Kontakte, Beziehungen aufzubauen
- Alter der AktivistInnen: 18-25 und ältere Menschen
- einmal in der Woche Einführungen
- Deutschstammtisch: Kennenlernen statt Sprachkurs (3 Tage die Woche, bis 150 Leute)
- zuerst viele Familien, seit letztem Jahr sehr viele Männer, inzwischen mehr Frauen
- 3 Gruppen mit Arabischkursen, 1 x wöchentlich Essen für alle (100 Portionen), tägl. Bar
- **Finanzierung:** kein staatliches Geld, (Klein-)SpenderInnen, Barbetrieb, Flohmarkt, Café, Essen
- wir brauchen 30 Freiwillige täglich
- Studio 26: samstags Kunstatelier für Familien, inzwischen auch Jugendliche
- **Kulturmarathon:** 4 Wochen lang 4 x in der Woche über 30 Veranstaltungen mit und von neuen Nachbarn (Konzerte, Tanz, Kunst, Vorträge, Eintages-Crashkurse Syrisch, Persisch, Tschetschenisch)

Diskussion
- Wohlfahrtstraße: Wir kommt man in Kontakt?
- Nur kleiner Gemeinschaftsraum, keine Räumlichkeiten von der Stadt, keine Räume der Kirche
- Sportplatz u. Vereinsheim seit 3 Jahren unentgeltlich nutzbar
- „Man muss in die Öffentlichkeit und Bedarfe benennen“
- Abschiebungen aus der Einrichtung „können wir nicht hinnehmen“ > nur Öffentlichkeit
- Frage: „Wie begründet Stadt fehlendes Engagement?“ Vössing: „Wir geben eine Orientierung, wie Staat handeln müsste.“
- Volker: Es kann nicht sein, alles an die Stadt zu delegieren. Gegenrede Moabit: „Wir leisten einen Großteil der Arbeit, weil Kommunen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Das, was wir zusätzlich leisten würden, an Integrationsarbeit, muss zurückstehen.“
- Frage: Wie wirkt es in den Stadtteil hinein? Vössing: Ich treffe meine eigenen Nachbarn wieder. Moabit: der soziale Aspekt der Strukturen wichtig
- Zahl der Initiativen explodiert, genau wie die Zahl der Initiativen, die nicht funktionieren (Konfliktpotenzial durch „schwierige“ Leute die mitarbeiten wollen)
- Räume sind nur ein Teil
- guter Start, kritische Masse nötig, richtige Mischung, ein paar Leute „mit ganz breiten Schultern“
- es gibt keine Blaupause, Konzepte aus Situation/Bedingungen entwickeln
- Rainer: Räume muss man sich erkämpfen. Es geht auch andersrum: Ideen entstehen, wenn Räume entdeckt werden. Möglichkeitsräume wecken Begehren
- Frage: Wie geht Berlin jetzt mit euch um? Moabit: Die haben Angst vor uns, „komplettes Nichtverhältnis“ (in den ersten zwei Jahren politisch sehr massiv interveniert, Korruption aufgedeckt, Prozesse und Haftstrafen für Verantwortliche)

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE und Neue Nachbarschaft

Rainer Midlaszewski (Recht auf Stadt – Ruhr)

Vorbemerkung
Focus auf Erscheinungsformen solidarischer Ökonomie in den Ländern des Nordens/Deutschlands, und hier insbesondere in städtischen Räumen. Auf Formen solidarischer Ökonomie etwa in Lateinamerika oder die Tradition landwirtschaftlicher Kooperativen in Südeuropa wird nicht eingegangen.

Blick zurück auf die Alternativbewegung der 70er und frühen 80er Jahre

In den 70er Jahren entstand in Folge des Aufbruchs der 68er- und der Anti-Atom/Öko-Bewegung eine vielfältige Alternativszene mit zahlreichen Betrieben und Projekten:
- Taxikollektive
- Druckereien und Buchläden
- Bäckereien und Bioläden
- Handwerksbetriebe (z.B. Auto und Fahrradwerkstätten)
- oder Wohnprojekte aber auch soziale, kulturelle oder wissenschaftliche Initiativen, z.B.
- medizinische u. juristische Beratungsstellen
- Kulturveranstalter, Film- und Theaterkollektive

(Die ganze Kommunen-Bewegung und den Esotherik-Quatsch lasse ich mal beiseite)

Unter dem Wunsch nach Authentizität und Gemeinschaft entstand eine Bewegung, die sich als „Gegenökonomie“ zur kapitalistischen Produktionsweise verstand. Sie war verbunden mit einer Flucht aus der fordistischen Fabrik und der Kritik an Hierarchien, Ausbeutung und das was man als „Entfremdung“ bezeichnete.

Die Trennung von Leben und Arbeiten sollte aufgehoben werden. Entscheidungen im Konsens getroffen und das Eigentum kollektiviert werden.

Ende der 70er/Anfang der 80er gab es in Deutschland rund 12.000 Betriebe u. Projekte. Gemessen an ihrer Wirtschaftsleistung waren sie eher marginal.

Schon Anfang der 80er Jahre gab es die Kritik an entstehend informellen Hierarchien und daran das es sich bei der „Gegenökonomie“ um eine Gettowirtschaft handeln würde die einen „Sympatisantenmarkt“ bedient.

Diese Alternativbewegung und ihre ökonomischen Projekte sind heute weitestgehend verschwunden. Was waren die Gründe für ihr scheitern?
- auch wenn überwiegend für die eigene Alternativszene produziert wurde blieben die Unternehmen dem Markt ausgeliefert und betriebswirtschaftlichen Zwängen unterworfen
- fehlende fachliche Qualifikationen und Improvisation statt professionelles Handeln
- Selbstausbeutung
- kollektive Entscheidungsprozesse unter ökonomischen Zwang als gruppendynamische Überforderung
- Abhängigkeit vieler sozialer und kultureller Initiativen von öffentlichen Mitteln

Beispiel für Erfolge oder eine Kontinuität bis in die Gegenwart:
- Freiburger Öko-Institut (gegründet 1977 aus der Bewegung gegen das Atomkraftwerk in Wyhl) ist heute eine unabhängige Forschungs- und Beratungseinrichtung mit 160 Beschäftigten an drei Standorten
- Berliner Netzwerk-Selbsthilfe als Finanzierungs-Fond für Projekte (entstand im Zuge des Tunix-Kongresses 1978)
- diverse Haus- oder Wohnprojekt, z.B. der Berliner „Bauhof Manteuffelstraße“ der auf eine Hausbesetzung 1981 zurückgeht, ein wichtiges Zentrum der Berliner Hausbesetzerbewegung war, und heute eine Wohngenossenschaft ist (35 Erwachsene).

Auch wenn die Alternativbewegung weitestgehend gescheitert ist, hat sie dennoch die deutsche Nachkriegsgesellschaft nachhaltig verändert und mit ihren Experimenten Erfahrungen hinterlassen die wir bedenken sollten wenn wir heute über solidarische Ökonomie nachdenken.

Und natürlich darf die Adaptionsfähigkeit des Kapitalismus nicht unterschätzt werden, der die Wünsche nach anderen, selbstbestimmteren Arbeitsformen gerne aufgegriffen hat. Der alte Traum von der Aufhebung der Trennung von Leben und Arbeiten ist im kognitiven/neoliberalen Kapitalismus von heute Wirklichkeit geworden: Nämlich als Entgrenzung, in der wir unser „unternehmerisches Selbst“ vor uns hertreiben und permanent an der Selbstoptimierung arbeiten.

Solidarische Ökonomie heute

Im Gegensatz zur Alternativbewegung der 70er und frühen 80er Jahre thematisiert das was heute im städtischen Raum unter solidarischer Ökonomie verstanden wird – von wenigen Ausnahmen abgesehen – nicht mehr Arbeits- und Produktionsverhältnisse. Vielmehr steht eine Kultur des Teilens im Mittelpunkt. Umsonstläden, Tauschbörsen, Repair-Cafes, Foodsharing und Urban-Gardening richten sich bewusst gegen die warenförmige Vermittlung von Ressourcen und die kapitalistische Wachstumsidiologie. Bei Wohnprojekten geht es um die Neutralisierung von Eigentum und Kapital.

Wenn die Frage der Produktion aber keine Rolle spielt, kann dann bei diesen Praktiken des „urbanen Aktivismus“ überhaupt von Ökonomie gesprochen werden? Handelt es sich nicht vielmehr um ein anderes – nachhaltigeres – Konsummodell? Es ist schwierig. Mich würde die Frage interessieren, wann solidarische Ökonomie ökonomisch wird. Also die Frage nach Qualität und Quantität.

Urban-Gardening hat in Detroit z.B. eine ganz andere Bedeutung als in Bochum oder Berlin. Organisationen wie das »Detroit Black Community Food Security Network« sprechen dort auch von „Urban Farming“ und Ernährungssouveränität. Da geht es wirklich um die gemeinschaftliche Produktion von Lebensmitteln und nicht um Gärtnern. Das hat natürlich damit zu tun dass es dort eine andere Art von Armut und Sozialstaat gibt als in Deutschland.

Modelle wie z.B. die Solidarische Landwirtschaft Dortmund, bei dem in Kooperation mit einem Bauern, Gemüseanbau betrieben wird, haben da schon einen ähnlichen Charakter.

Aber: Schon in unserem Text »Realize Ruhrgebiet« haben wir festgestellt, dass die Akteure solidarischer Ökonomie hier bei uns, eher akademisch sind und nicht aus materieller Not handeln.

Ich würde behaupten das viel Formen solidarischer Ökonomie eher spielerischen Charakter haben. Die Leute machen das weil sie es cool finden. Es stiftet Gemeinschaft und dadurch dass neue Begegnungsräume entstehen wird auch ein sozialer Überschuss produziert. Das ist positiv. Aber ist das ökonomisch? Bringt das auch materiell tragfähige Strukturen hervor?

Wir haben in unserer Diskussion im Recht auf Stadt Ruhr Netzwerk versucht solidarische Ökonomie gegen die Armut im Ruhrgebiet im Anschlag zu bringen und als Ansatz zur Selbstermächtigung gesehen. Insbesondere wenn institutionalisierte Formen solidarischer Ökonomie sich mit informellen Netzwerken verkoppeln. Ich bin da inzwischen skeptisch.

Denn was unterscheidet letztlich Umsonstläden und Foodsharing von Kleiderkammern und Tafeln? Auch wenn diese Einrichtungen für die NutzerInnen ganz unmittelbar eine Hilfe bieten, tragen sie doch letztlich dazu bei, dort wo der Sozialstaat sich zurückgezogen hat, Armut lebbar zu machen.

Selbst in offiziellen Planungsprozessen ist die Idee einer ökonomischen Selbstorganisation inzwischen angekommen. Im Rahmen des Ideenwettbewerbs des RVR zur Zukunft des Ruhrgebietes hat die Projektgruppe »Neuland Ruhr« 2014 vorgeschlagen „marginalisierte Räume zu Räumen des Experiments und der Selbstorganisation zu machen“. Hartz IV Empfängern sollen Räume zur Eigenarbeit, soetwas wie Gemeinschaftswerkstätten zur Verfügung gestellt werden. Die Lockerung von Regeln und Verordnungen soll helfen unternehmerische Aktivitäten zu entfalten.

Für den einen oder anderen mag das attraktiv sein. Ich fürchte jedoch das solche Ansätze, würden sie tatsächlich umgesetzt, letztlich nur eine neue Armutsökonomie hervorbringen.

Meine zentralen Fragen

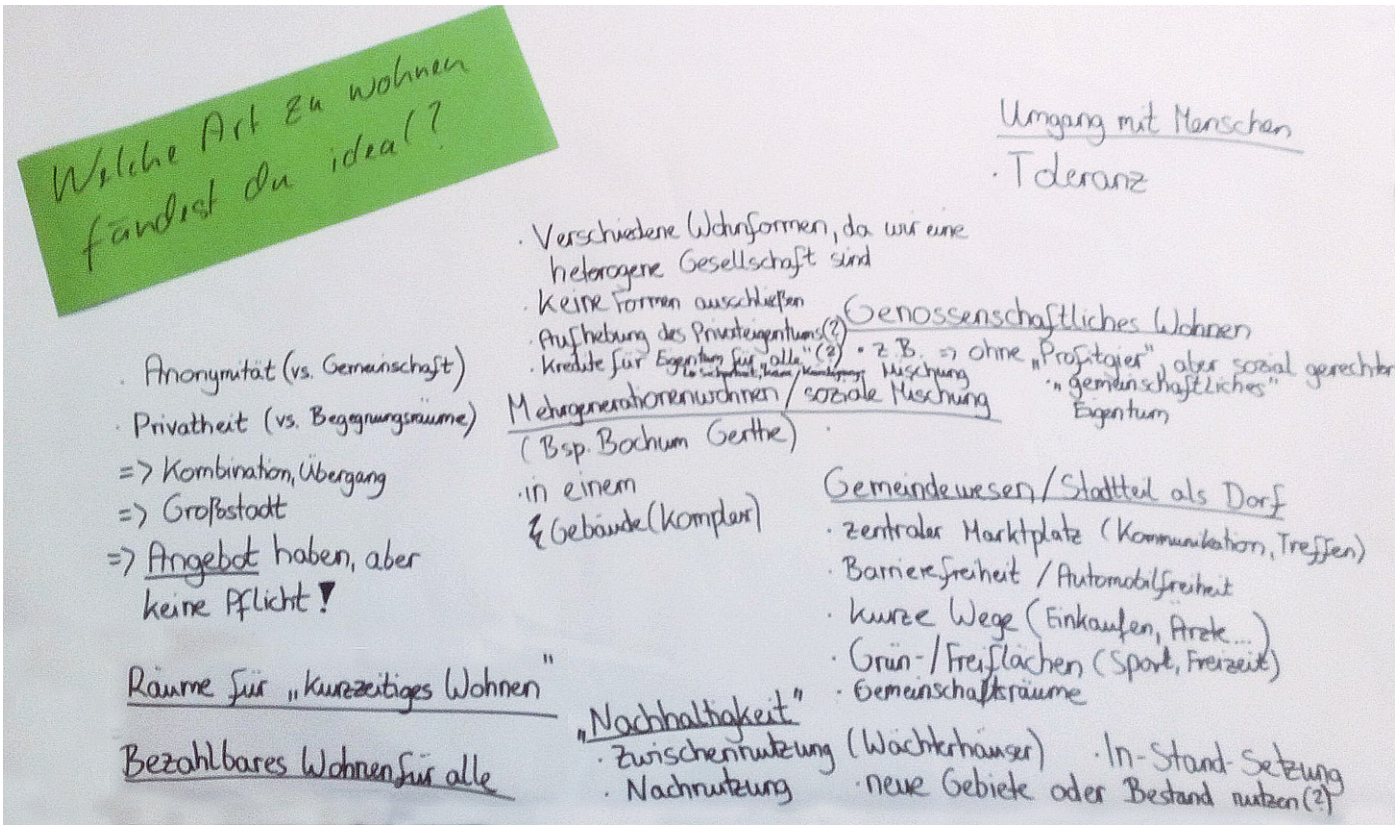
1. Gibt es Ansätze bei denen sich die sozialen Netzwerke Neuer Nachbarschaften mit Formen solidarische Ökonomie verkoppeln?
2. Sind sie in der Lage auch materiell tragfähige Strukturen hervorzubringen die über Nachbarschaftshilfe hinausgehen und mehr sind als eine neue Form von Armutsökonomie?
3. Wäre nicht die Forderung eines bedingungslosen Grundeinkommens eine gute Strategie um der Fallstricken einer Armutsökonomie zu entgehen?

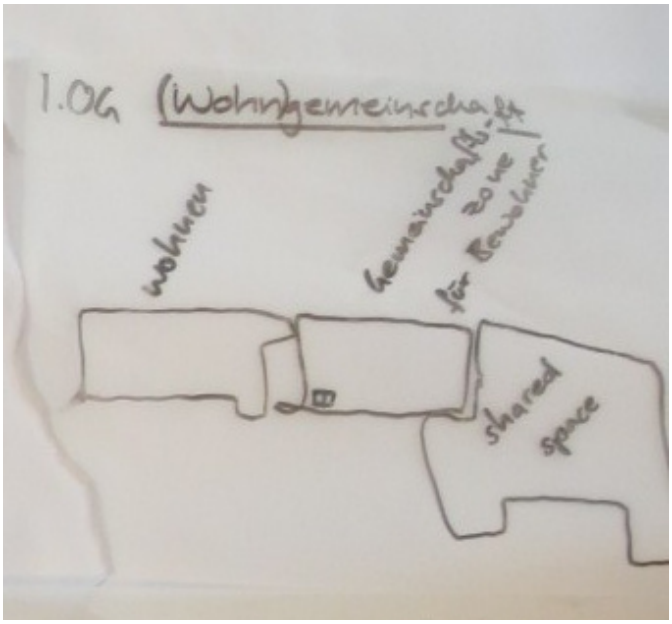
PLANSPIEL: Ein Haus... viele Häuser... nachbarschaftliches Wohnen für alle?!

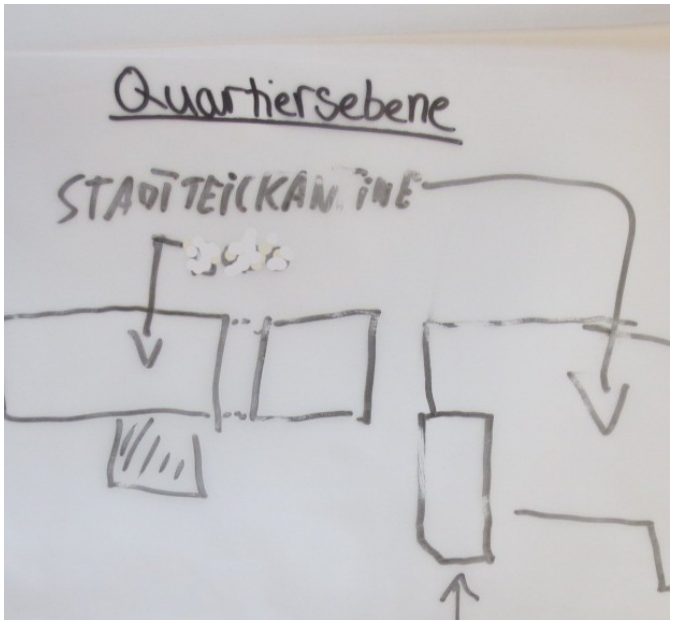
Teil 1: Wunschproduktion und erste Planversuche an einem konkreten leerstehenden Gebäude (Moderation: Yasemin Utku)

Für den ersten Teil des Planspiels wählte die Raumplanerin Yasemin Utku ein Gebäude im Ruhrgebiet aus, dass in städtischer Hand ist und seit einigen Jahren leersteht. Es wurden zwei Gruppen gebildet, deren „Auftrag“ es war anhand von Plänen, Fotos und Grundinformationen zum Gebäude und zur Nachbarschaft erste Ideen für ein Nutzungskonzept zu entwickeln. In den Gruppen wurde gebrainstormt und diskutiert bis erste Ideen auf Papier gebracht werden konnten.

Beide „Entwürfe“ planten Wohnraum für Geflüchtete, Empfänger*innen von Transferleistungen, Studierende und andere ein sowie einen Begegnungsraum und gemeinsam nutzbare Büros (etwa für ein gemeinwesenorienties partizipatives Planerprojekt), ein Konzept sah eine Werkstatt vor und weitere Freizeiträume. Aus beiden Entwürfen wurde schließlich ein gemeinsamer Entwurf, die Ergebnisse wurden protokolliert und flossen in die Diskussion in Teil 2 des Planspiels ein.





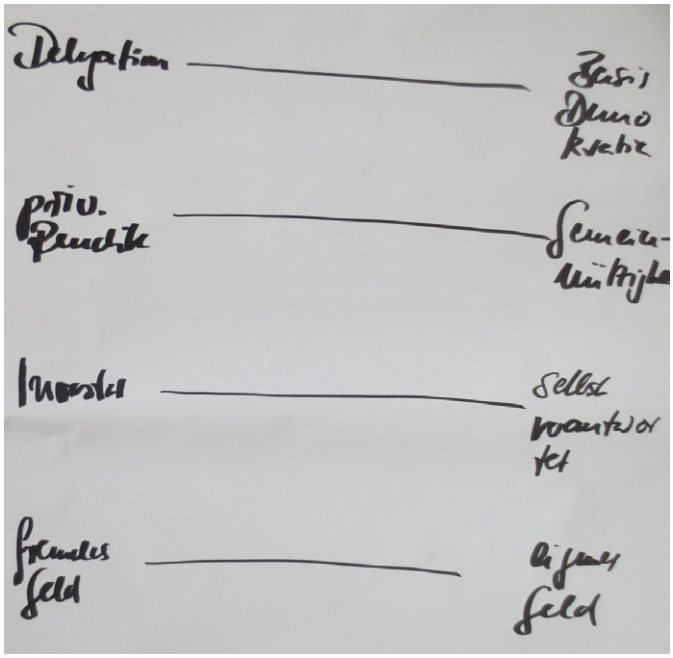


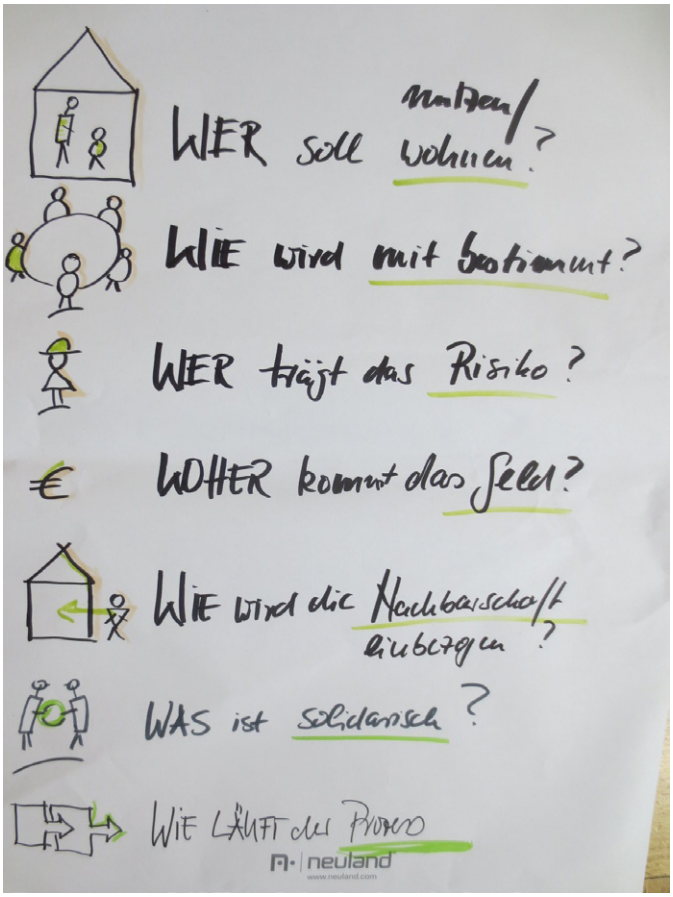
Teil 2: Planung konkret durchgespielt (Moderation: Frauke Burgdorf)

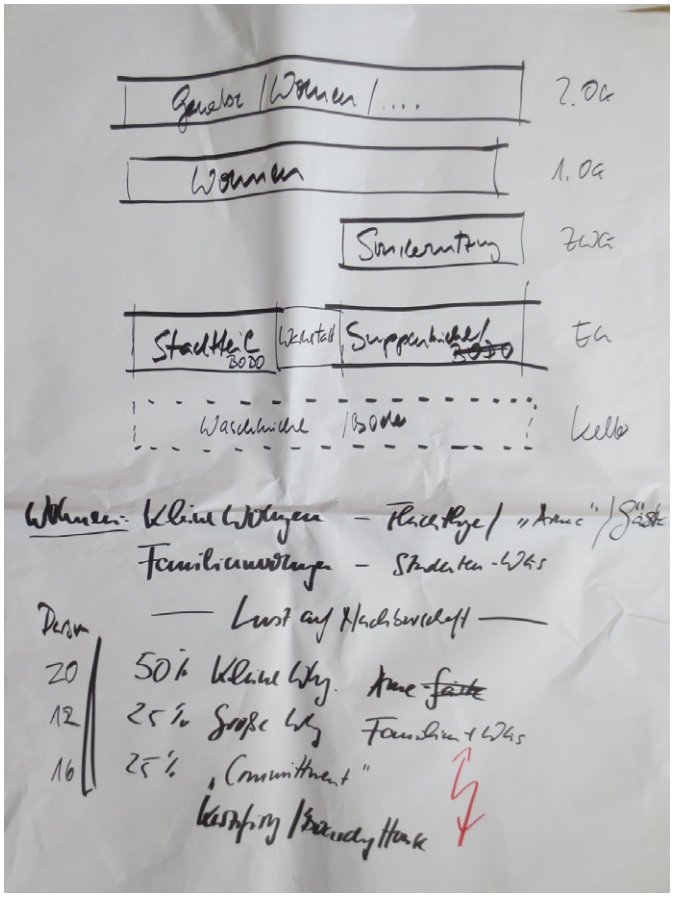
Die Stadtplanerin Frauke Burgdorff stellte die Gruppe im zweiten Teil des Planspiels vor die Wahl das Gebäude weiter „zu entwickeln“ oder den Planungsprozess einmal durchzuspielen. Die Wahl fiel auf Letzteres. So wurden die ersten Planungsphasen gemeinsam „simuliert“:

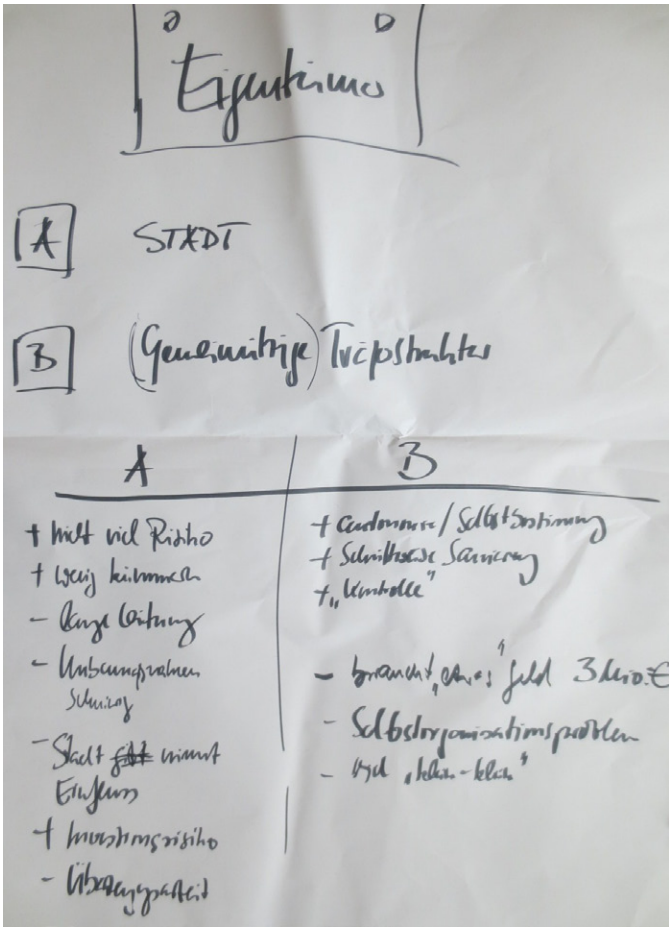
- Der Stadt ein Nutzungskonzept vorlegen um sich auf die Nutzung (Erbpacht) in einem zehnmonatigen Verfahren zu bewerben
- die Nachbarschaft einbeziehen
- eine Trägerschaft gründen
- Geld aquirieren, Öffentlichkeitsarbeit organisieren...
  Was wäre wenn?

Das Planspiel gab uns einen Einblick, was es bedeutet nachbarschaftliches Wohnen, Zusammenleben und -arbeiten von Anfang an selbst zu organisieren.

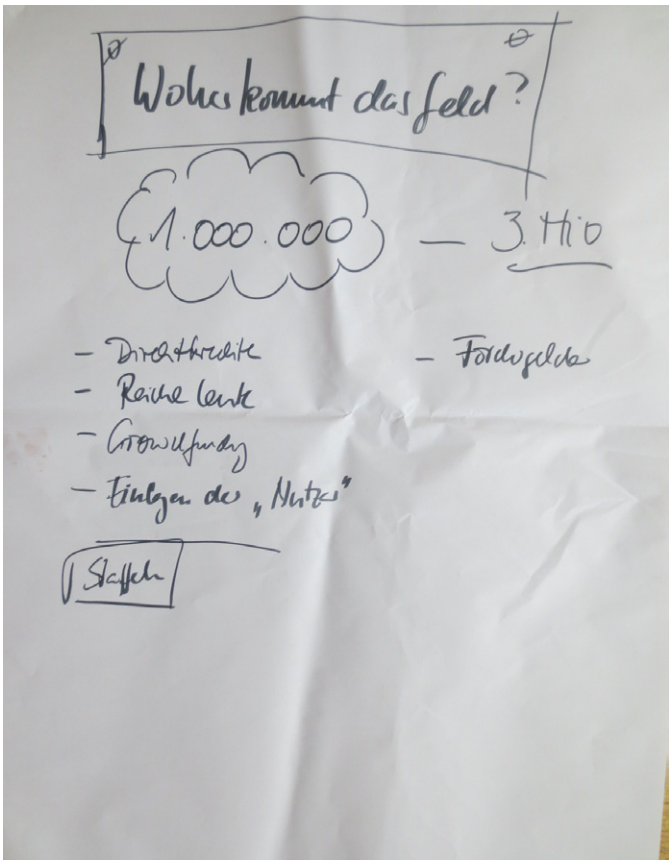







Eigentümer
A STADT
B (Gemeinnützige) Trägerstruktur
A
B
+ nicht viel Risiko
+ wenig kümmern
- lange Leitung
- Unbeweglichen Schwierig
- Stadt nimmt Einfluss
+ Investitionsrisiko
- Überzeugungsarbeit
+ Autonomie / Selbstbestimmung
+ Schnittstelle Sanierung
+ „Kontrolle"
- braucht „etwas" Geld 3 Mio €
- Selbstorganisationsproblem
- Kyd „klein-klein"

Gesellschaftskonstruktion
Gründer
Editor Trias
Trias
?
e.V.
40
Risiko
- wir haben eigenes Geld drin
- Kompetenz // Architektur - Gruppenprozesse
- wir verschulden uns
- Verbundenheit mit der Stadt
- Wir haben eine Struktur
- Wir haben einen Plan
- Machtbarkeit
- Zeit
- Finanzierung


Woher kommt das Geld?
1.000.000 — 3. Mio
- Direktkredite
- Reiche Leute
- Crowdfunding
- Einlagen der „Nutzer"
- Fördergelder
Staffeln

10 Monate
Menschen
Bedarf / Machtbarkeit
Steine
Prozess gestalten
Variation
Kosten Schätzung
Wertung
Kapital Bank
Konzept
4
3
9